



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. Mai 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **P 708 Postulat Piazza Daniel und Mit. über die marktgerechte Ausbildungsentlöhnung für Studierende HF in Gesundheitsberufen / Gesundheits- und Sozialdepartement**

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.  
Daniel Piazza hält an seinem Postulat fest.  
Jasmin Ursprung beantragt Ablehnung.

Daniel Piazza: Wie gehört, fehlt es an genügend Pflegefachkräften. Zwar sind marktgerechte Löhne nicht das Einzige, was es braucht, um genügend Pflegefachkräfte zu haben, sie sind aber ein wichtiger Pfeiler in der Steigerung der Attraktivität. Wie auch in anderen Bereichen, beispielsweise etwa im kaufmännischen Bereich, in welchem ich selbst eine vergleichbare Ausbildung gemacht habe, arbeiten die Fachpersonen Gesundheit schon während ihrer HF-Ausbildung Seite an Seite mit anderen Mitarbeitenden und verrichten häufig dieselbe Arbeit. Eingebettet werden soll die Lösung des Problems in die bereits laufenden und positiven Bemühungen der Zentralschweizer Gesundheitsdirektorenkonferenz (ZGDK), welche das Problem zusammen angehen und dafür sorgen will, dass es in Zukunft genügend ausgebildetes Gesundheitspersonal gibt. Zwar haben in den letzten Jahren mehr junge Leute einen Abschluss in einem Pflegeberuf gemacht, dennoch fehlt es nach wie vor an genügend Nachwuchs für die Zukunft. So zeigt die bereits erwähnte Studie des Schweizerischen Gesundheitsobservatoriums (Obsan), des Bildungszentrums Gesundheit Zentralschweiz Xund und der ZGDK, dass bis 2029 deutlich mehr Gesundheitspersonal in der Zentralschweiz gebraucht wird und es seitens der Kantone mehr braucht, als bisher unternommen worden ist. Einiges wird schon gemacht, wie die Unterstützung von Quer- und Wiedereinsteigerinnen. Ja, es braucht jetzt Schritt für Schritt gezielte Massnahmen, um gegen den Fachkräftemangel in diesem systemrelevanten Bereich wichtige Verbesserungen vorzunehmen. Klar ist aber auch, dass die Mittel limitiert sind. Der Druck auf Kostensenkungen im Gesundheitswesen ist konstant hoch, und dennoch ist es wichtig, den Spielraum zu nutzen. Dem Pflegefachpersonal müssen Perspektiven geboten werden, diese sollen verbessert werden, zumindest schrittweise. Ich verbinde dieses Anliegen im Postulat mit der Hoffnung, dass hier auch ein Ruck durch die anderen Institutionen geht, wenn der Kanton Luzern mit seinen Institutionen vorangeht. Wir müssen Sorge tragen zu jenen, die bereits im Beruf sind, und schauen, dass die Pflegeberufe attraktiv bleiben und dass sie insbesondere für Berufseinsteiger noch attraktiver werden. Das Postulat ist in diesem Sinn zu verstehen, und ich würde mich sehr über eine Unterstützung für die volle Erheblicherklärung freuen. Das Postulat fordert nämlich schlicht nichts weniger als marktgerechte respektive marktgerechtere Ausbildungslöhne und -bedingungen. Unser Regierungsrat will zusammen mit den anderen Zentralschweizer Regierungen aktiv werden, was wir begrüßen. Er schreibt in seiner Stellungnahme, das Anliegen aufnehmen zu wollen. Unterstützen und motivieren wir ihn doch dabei. Es ist ein kleiner, aber richtiger und vor

allem machbarer Schritt in die richtige Richtung.

Jasmin Ursprung: Die Kompetenz in den einzelnen Betrieben, die Löhne zu erhöhen, liegt nicht beim Regierungsrat. Dies können nur die spezifischen Unternehmen selber bestimmen. Der Rahmen der finanziellen Möglichkeiten wird durch die tariflichen Möglichkeiten vorgegeben. Wenn eine Erhöhung erfolgen sollte, müssten diese Tarife steigen, um kostendeckend zu bleiben. Andernfalls könnte der Kanton nur mit seinen Betrieben via gemeinwirtschaftliche Leistungen (GWL) aushelfen. Dies wäre jedoch systemwidrig, da diese Kosten über die Tarife abgedeckt werden sollten. Zudem würde es eine Marktverzerrung gegenüber jenen Betrieben bedeuten, bei welchen der Kanton nicht versorgungszuständig ist, wie etwa bei den Heimen oder der Spitex, denn diese müssten dann finanziell mitziehen oder hinnehmen, dass sie kaum mehr Fachkräfte bekommen. Die teilweise Erheblicherklärung wurde seitens des Regierungsrates somit nur aufgrund der Sensibilisierung ausgelegt. Dies sollte, so denken wir, spätestens seit Corona jedem Institut bereits klar sein. Daher wird die SVP-Fraktion das Postulat auch ablehnen.

Pia Engler: Daniel Piazza sieht in der Anhebung der Löhne für HF-Studierende in den Gesundheitsberufen einen Hebel, um langfristig die Attraktivität der Pflegeberufe im Kanton Luzern zu steigern. Die Anhebung der Löhne ist eine der Grundforderungen der SP, welche wir schon mehrfach gestellt haben, beispielsweise gerade heute mit der Motion von David Roth. Die klare Annahme der Pflegeinitiative ist mit der unmissverständlichen Forderung verknüpft, dass vorwärtszumachen ist. Es nützt aber nichts, wenn wir nur Teilanliegen behandeln. Vielmehr müssten wir eine Gesamtschau entwickeln. Daher sollte der Regierungsrat dringend eine übergreifende Strategie entwickeln, in welcher alle vier Handlungsfelder – die Rekrutierung, die Bildung, die Einsatzplanung und damit die Arbeitszeitmodelle – und schliesslich der Personalerhalt und damit die Verweildauer gleichermassen berücksichtigt werden. Wie sieht der Regierungsrat denn seine Rolle in der Umsetzung der Pflegeinitiative? Es überrascht mich, dass der Regierungsrat die teilweise Erheblicherklärung mit einer Sensibilisierungskampagne begründet. Dies ist eine Daueraufgabe, und mit einer Sensibilisierungskampagne ist jetzt auch nichts mehr zu gewinnen. Ich weiss schlicht nicht, wen oder was man jetzt noch sensibilisieren sollte, denn die Pandemie und die Abstimmung zur Pflegeinitiative waren doch bereits ein wahres Feuerwerk an Sensibilisierung. Was nun aber folgen soll, ist eine klare und kohärente Strategie. Der Aderlass geht in den Pflegeberufen ungehindert weiter. Die Regierung ist überzeugt, dass es im ureigenen Interesse der Organisationen ist, gute und attraktive Arbeitsbedingungen für das Personal zu bieten, damit sie dieses halten können und der Markt spielt. Wenn dem so wäre, dann müsste man sich jetzt eigentlich fragen, warum wir hier sind, wo wir eben sind, und warum wir noch immer politisch um die Anhebung der Löhne feilschen müssen. Ich frage Sie, ob wir kurz vor einer Unterversorgung stehen, wie wir sie in der Psychiatrie schon kennen. Ich möchte kurz noch auf die Umsetzung der Umkleidezeit zu sprechen kommen, welche heute auch schon erwähnt wurde. Ich habe schon mehrfach die Information vernommen, wonach viele Arbeitgebende diese kostenneutral umgesetzt haben – also nichts mit Zeitgutschriften und ein erneuter Dämpfer für viele in den Pflegeberufen. Wir unterstützen die Erheblicherklärung des Postulats. Nicht dass wir darin die neuste Idee sehen, sondern weil eine gerechte Entlohnung von Fachpersonen und damit auch von Auszubildenden im Gesundheitsbereich ein Kernanliegen der SP ist. Wir freuen uns im Gegenzug immer wieder über eine breite Unterstützung durch die Mitte.

Sibylle Boos-Braun: Die Pflege ist ein sehr wichtiger Baustein in der medizinischen Versorgung, und der Bedarf steigt ständig. Die Annahme der Pflegeinitiative vor wenigen Monaten mit einem hohen Jastimmen-Anteil von 61 Prozent zeigt, dass auch die Bevölkerung einen Handlungsbedarf sieht. Die im Postulat angesprochene schlechte Entlohnung des Pflegepersonals während der Aus- und Weiterbildung kann eines von vielen Puzzleteilen sein, welches zum Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich führt. Die Entlohnung während der Weiterbildung ist aus Sicht der FDP-Fraktion bei gewissen Pflegeberufen korrekt. So erhalten die Studierenden vom Luzerner Kantonsspital (LUKS) während des Nachdiplomstudiums denjenigen Lohn, den sie als diplomierte

Pflegefachpersonen HF sowieso erhalten, und die Studiengebühren werden grossteils vom Arbeitgeber übernommen. Dies ist auch in andern Bereichen eine übliche Praxis. Anders sieht es bei der Weiterbildung zur diplomierten Pflegefachperson HF aus. Eine Fachperson mit einer abgeschlossenen Lehre erhält während der Zeit ihrer Weiterbildung nur einen Praktikumslohn von 1500 bis 2500 Franken pro Monat. Die Mitarbeitenden sind zwar während ihrer Ausbildung zeitweise abwesend, während ihrer Zeit im Betrieb leisten sie aber einen wertvollen Arbeitseinsatz und haben Anrecht auf die entsprechende Entlöhnung. Das Thema «günstige Praktikanten» ist leider auch in anderen Berufsgattungen im Sozialbereich Realität, so zum Beispiel bei den Kleinkindererzieherinnen. Die Zustände dort sind unschön und müssen behoben werden. Sogar der Planungsbericht über die tertiäre Bildung im Kanton Luzern, welchen wir heute Morgen im Rat behandelt haben, geht auf den Bereich Gesundheit ein und zeigt Massnahmen auf, damit man dem Fachkräftemangel entgegenwirken kann. Die Arbeitgeber sind gefordert, die bestehenden Missstände zu beheben, denn nur so finden wir künftig genügend ausgebildete Leute. Es ist aber so, dass der Regierungsrat keine Kompetenzen hat, um die Löhne des Pflegepersonals selber zu erhöhen, denn es sind nicht seine direkten Mitarbeitenden. Aber die Regierung zeigt in ihrer Stellungnahme auf, dass sie das Thema aufnimmt und die zuständigen Organisationen sensibilisieren will. Entsprechend unterstützt die FDP-Fraktion die von der Regierung empfohlene teilweise Erheblicherklärung des Postulats.

Angelina Spörri: Was vor der Pandemie bereits ein Problem war, hat sich weiter verschärft: Es herrscht ein grosser Fachkräftemangel im Gesundheitswesen und natürlich auch in ganz anderen Bereichen. Zwar entscheiden sich glücklicherweise viele, einen Beruf im Gesundheitsbereich in Angriff zu nehmen, nur steigen ganz viele leider viel zu früh wieder aus. Dies hat natürlich mit den Arbeitsbedingungen zu tun: Schichtarbeit, belastende Situationen, hohe Verantwortung, ein verhältnismässig bescheidener Lohn, zu viele Patienten auf zu wenig Personal verteilt usw. Hier genau hinzuschauen, ist sinnvoll. Lösungen suchen und diese dann auch umsetzen muss jedoch das Spital selber. Dass der Regierungsrat hier vermehrt sensibilisieren will, ist erfreulich, es gehört allerdings aus Sicht der GLP-Fraktion zum Dauerauftrag. Ein anderes grosses Problem gibt es auf Stufe Studium Pflegefachfrau/Pflegefachmann HF. Hier ist der Fachkräftemangel besonders hoch. Eine grosse Problematik ist hier, dass, wenn sich Fachpersonen Gesundheit mit teils jahrelanger Erfahrung entscheiden, das Studium zur Pflegefachperson HF in Angriff zu nehmen und berufsbegleitend weiter zu arbeiten, sie dann beim Lohn auf eine Praktikumsentlöhnung zurückfallen. Sollten diese gegebenenfalls bereits eine Familie haben, ist dies eine grosse Hürde. Dies gilt es sicher zu ändern. Hier schreibt der Regierungsrat, dass er sich im Rahmen des Möglichen für Lösungen einsetzen will. Die im Postulat geforderten Punkte liegen indes ausserhalb seines Machbarkeitsbereichs, denn der Regierungsrat kann nicht die Lohnhöhe und Ausbildungsbeiträge festlegen. Es sind die Spitäler, welche zuerst gefordert sind, attraktive Lösungen für Studierende zu suchen und auch für die vielen guten Mitarbeitenden einen attraktiven Arbeitsplatz zu bieten. Wenn der Regierungsrat hierzu sein Möglichstes macht, die Spitäler in diesem Vorhaben zu unterstützen, ist dies sehr begrüssenswert. Die GLP-Fraktion unterstützt die Regierung in der teilweisen Erheblicherklärung des Postulats.

Jonas Heeb: Ich verlese das Votum anstelle von Samuel Zbinden, welcher die Session früher verlassen musste. Daniel Piazza will mit seinem Postulat die Lohnsituation von Studierenden HF in Gesundheitsberufen verbessern. Unter anderem sollen die Löhne auf eine marktgerechte Höhe angehoben werden. Das Postulat spricht ein wichtiges Problem an. Als ausgebildete Fachperson Gesundheit verdient man beim Berufseinstieg wohl etwas mehr als 4000 Franken. Entscheidet man sich für eine Ausbildung an der Höheren Fachschule (HF), verdient man plötzlich nur noch einen viel tieferen Praktikumslohn. Dies ist ein klassischer Fehlanreiz. Je nach Lebenssituation kann man sich so die Ausbildung gar nicht leisten, denn mit 1500 Franken im Monat kommt man kaum durch, wenn man nicht noch von den Eltern Unterstützung bekommt, und insbesondere nicht, wenn man selbst Kinder hat. In seiner Antwort gibt der Regierungsrat zu, dass insbesondere bei diplomierten

Pflegefachkräften und -spezialistinnen der Fachkräftemangel sehr gross ist. Er sagt ebenfalls, dass es nicht in seiner Kompetenz liege, diese Löhne zu erhöhen. Dies sei allein in der Kompetenz der Leistungserbringer. Das stimmt. Gleichzeitig zeigt der Kanton selbst einen Weg auf, wie es funktionieren könnte, nämlich über die Abgeltung von GWL. Genau diesen Weg könnten Sie gehen, und wenn Sie dies so nicht möchten, so bin ich mir sicher, dass in Zusammenarbeit mit den anderen Akteurinnen eine Lösung gefunden wird. Entscheidend ist, dass etwas geschieht. Für die G/JG-Fraktion ist die jetzige Situation untragbar. Es braucht Verbesserungen, wenn wir den Fachkräftemangel angehen wollen, hierin stimmen wir dem Postulat zu. Nun warnt der Kanton davor, dass man die Löhne nur im Akutbereich beeinflussen könne, denn bei der Langzeitpflege seien ja die Gemeinden zuständig. Dass man nicht auf einen Schlag alles ändern kann, ist aber aus unserer Sicht kein Argument, nichts zu tun. Beginnen wir doch einmal im Akutbereich. Eine Annahme des Postulats wäre ein wichtiges Signal für eine Stärkung des Pflegeberufs und für die Attraktivität dieser Ausbildung. Entsprechend stimmt die G/JG-Fraktion der vollen Erheblicherklärung des Postulats zu.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektor Guido Graf.

Guido Graf: Ich verzichte hier auf einzelne Zahlen, wer wann wieviel verdient oder nicht verdient. Es wurde generell ausgeführt, dass es hier einen Fehlanreiz gebe. Dem ist so, denn die Entschädigung, welche die Leute während der Ausbildung an der HF erhalten, ist schlicht zu tief. Es gibt drei Möglichkeiten, um dies zu verbessern: Die erste Möglichkeit ist via GWL, wie kommuniziert. Das kann der Kantonsrat zwar nicht bestellen, aber zumindest unterstützen. Nur besteht hier das Problem, dass wir, wenn wir dies nur im Akutbereich machen, das Problem zu den Pflegeheimen und den Spitex-Organisationen verschieben, weil dann dort alle weggehen. So lösen wir das Problem jedenfalls nicht. Wir brauchen eine Lösung, die für alle Gültigkeit hat beziehungsweise für alle umgesetzt werden kann. Die zweite Möglichkeit ist eine Erhöhung der Tarife der obligatorischen Krankenpflegeversicherung. Damit bekämen wir mehr Mittel, denn im Moment haben wir keine Mittel für Ausbildungen. Diese bezahlen wir bei Ärzten, Fachärzten usw. zusätzlich. Die dritte Möglichkeit ist die Umsetzung der Pflegeinitiative. Ich erlaube mir hier einen Kommentar: Es ist nicht so, dass wir nichts machen würden. Aber, und das sage ich auch als Mitglied der Schweizerischen Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK), wir warten hier auf den Bund. Ich sage es offen, das letzte Mal als wir mit den Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren der Zentralschweiz bei Xund zusammengekommen sind, war auch Josef Widmer dabei. Das System ist geklärt, wie die Mittel verteilt werden sollen. Was noch fehlt, ist, dass uns jemand die Mittel bereitstellt. Hier erwartete ich eigentlich eine schnellere Gangart des Bundes. Dies ist das Problem. Schlussendlich ist es also eine Frage der Mittel. Wir haben schon Kompetenzen als Regierung, allerdings nicht solche, wie sie hier gewünscht werden. Ich bitte sie wirklich im Namen der Regierung, dieses Postulat teilweise erheblich zu erklären.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 58 zu 42 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 78 zu 24 Stimmen erheblich.